

Evangelische Akademikerschaft i.D.

Kniebisstr. 29 70188 Stuttgart
Tel. 0711-28 20 15, Fax 0711-2 62 81 15
E-mail EvangAkadiD@t-online.de

Für eine Politik der Nachhaltigkeit

Perspektive und Programm für die Arbeit der Evangelischen Akademikerschaft i.D.

I. Grundlagen und Probleme unserer Demokratie und Wirtschaftsordnung

Wenn wir in diesem Jahr das Jubiläum des Grundgesetzes feiern, dann blicken wir auf die Entwicklung einer in der Welt anerkannten Demokratie zurück, die mit der friedlichen Überwindung der deutschen Teilung einen wesentlichen Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung geleistet hat. Der Gesellschaftsvertrag dieser Republik, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung akzeptierte Art und Weise der gesellschaftlichen Organisation im Rahmen des Grundgesetzes, beruht auf einer Verbindung von parlamentarischer Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft. In ihm ist die Erwartung, daß die Marktwirtschaft die effizienteste Form des allgemeinen Wohlstands sei, mit dem Ziel der Gerechtigkeit verbunden.

Um der Stabilität unserer Demokratie willen werden wir diesen Gesellschaftsvertrag jedoch reformieren müssen. In Teilen der Bevölkerung, auch in der Jugend, ist eine kritische Haltung gegenüber der Leistungsfähigkeit der demokratischen Regierungsform zum offenen Ressentiment geworden. Das Ja zu Freiheit und Demokratie ist auf Dauer nicht von der ökonomisch-sozialen Absicherung der Ausübung von Freiheit zu trennen. Trotz langer Jahre der intensiven öffentlichen Diskussion und politischer Ansätze liegen die großen Reformaufgaben noch immer vor uns.

Im Bewußtsein, daß wir die Bewältigung von Problemen nicht durch Feiern ersetzen können, hat die ea bereits im Jahr 1998 ein "Jahr der Gerechtigkeit" ausgerufen. Damit wurde der biblische Impuls eines Halbjahrs aufgenommen und deutlich gemacht, daß alle Welt immer wieder eine Chance zum Neuanfang erhalten und daß auch bei uns ein neuer Anlauf zur Herstellung gerechterer Verhältnisse erfolgen muß.

1998 hat sich die Verkündung der Allgemeinen Menschenrechte durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen zum 50. Mal gejährt. Diese bedeuten in ihrer Verbindung von Freiheitsgarantien mit sozialen Rechten ein Weltethos, dessen allgemeinmenschliche Geltung durch seinen westlichen Ursprung nicht geschmälert wird. Es umgreift fast alle Bereiche menschlichen Lebens und gesellschaftlichen Wirkens, und es bleibt eine Aufgabe auch der deutschen Politik, eine solche Friedensordnung von Recht und Gerechtigkeit über Staatsgrenzen hinaus zu verwirklichen.

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion bildet die dauerhafte Brücke zwischen den fortbestehenden Nationalstaaten unseres Kontinents und einer sich räumlich schließenden Welt, in der sich eine neue Wirtschafts- und Kommunikationsstruktur der Globalisierung ausbildet.

Die ea schließt ihrem Aufruf für ein "Jahr der Gerechtigkeit" in diesem Jubiläumsjahr des Grundgesetzes, eingedenk der Menschenrechtsdeklaration und im Zeichen der Europäischen Union, die Aufforderung zu einer "Politik der Nachhaltigkeit" an. Sie soll unserem Land durch einen neuen Gesellschaftsvertrag das Vertrauen seiner Bürger sichern, damit es im Verein mit seiner Leistungsfähigkeit und dem Willen zum Frieden eine treibende Kraft in der Vollendung der europäischen Einigung und in der ganzen Welt ein Beispiel für die Lebenskraft der freiheitlichen Demokratie bleibt.

Ziele für eine "Politik der Nachhaltigkeit"

Die Nachhaltigkeit dieser Politik wird sich auf verschiedenen Ebenen erweisen müssen:

- Sie muß mehrheitsfähig und finanzierbar sein und darf das Land nicht auf Kosten künftiger Generationen verschulden.
- Sie muß die Strukturprobleme unserer Wirtschaft und unseres Sozialstaates beheben.
- Sie muß mit der Arbeitslosigkeit als sichtbarstem Ausdruck dieser Probleme fertig werden.
- Sie muß die Gleichwertigkeit der Geschlechter im Willen zur Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft ernstnehmen.
- Sie muß die Stabilität der Demokratie auch durch die Aktivierung der Bürgergesellschaft stärken.
- Sie muß die Weichen für die großen Übergänge stellen, die beim Eintritt in das 21. Jahrhundert von allen Gesellschaften bewältigt werden müssen, vorrangig aber von den westlichen Industrieländern, und die vorgezeichnet sind von den Problemen des Bevölkerungswachstums, der absoluten Armut, der Migration und vor allem von der Überbeanspruchung der Ressourcen. Diese Probleme werden Konfliktpotentiale aktivieren und letztendlich die Lebensbedingungen für die Menschen unerträglich machen, wenn wir nicht umdenken.
- Für das ökologische Ziel eines "sustainable development" muß die Politik das kollektive Zivilisationswissen zur Überwindung von Mangel und Not aufbieten, die sich im Nord-Süd-Gefälle manifestieren. Sie muß das Potential von Wissenschaft und Technik in den Dienst eines "ökologischen Imperativs" und eines Katalogs von lebenssichernden Tugenden stellen, um die "Krise unseres Tätigkeitshaushalts" (H.Ruh) zu überwinden, damit die Eine Welt lebensfähig bleibt. Auf lange Sicht wird nur das ökonomisch machbar bleiben, was ökologisch unter Vermeidung exponentiellen Wachstums zulässig sein kann.
- Vorausschauende Politik unter der Forderung der Nachhaltigkeit muß geleitet sein vom "Prinzip Verantwortung" auch im Namen all derer, seien sie Gegenwärtige oder Zukünftige, die an ihren Entscheidungen gar nicht beteiligt sein können.

Die ea wendet sich mit diesem Aufruf nicht zuletzt an die Kirchen und fordert von ihnen Deutlichkeit über das Gemeinsame Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland hinaus. Darin haben die Kirchen sich für die Teilnahme am politischen Diskurs entschieden, die bedeutet, Probleme aufzuzeigen statt anzuklagen, Aufgaben zu stellen statt Appelle zu erlassen, Bedrohungen zu benennen statt Ängste zu artikulieren. Wenn unsere wirtschaftliche Realität für jede überschaubare Zukunft ein marktwirtschaftlich organisierter Kapitalismus sein wird, dann können wir diesen nicht ideologisch mit Utopien ganz neuer Gesellschaftsmodelle bekämpfen, sondern müssen ihn nach Maßstäben einer Sozialen Marktwirtschaft politisch gestalten. Die Kirchen werden darauf bestehen müssen, daß diese ihren Namen nur dann verdient, wenn in ihr Sozialstaatlichkeit so bestimmt bleibt, daß sie den Impulsen der Nächstenliebe und der Option für die Armen Raum gibt.

In einer solchen Marktwirtschaft geht es aber nicht nur um die gerechte Verteilung von Reichtum, wir brauchen eine theologisch begründete Ethik seiner gerechten, partizipatorischen Hervorbringung, in der die Wirkungsweise

von Unternehmen ebenso umrissen wird wie das Verhalten von Anbietern und Verbrauchern am Markt und wie die Selbstverpflichtungen der Wissenschaft.

Solidarität und Eigenverantwortung

Eine vorausschauende Ethik zur gerechten Gestaltung des Lebens wird Solidarität und Eigenverantwortung in den Mittelpunkt stellen müssen:

- Um friedlich und auskömmlich miteinander zu leben, brauchen die Menschen eines demokratisch geführten Gemeinwesens die Verständigung auf einige unverzichtbare Einstellungen und Haltungen.
- Solidarität und Eigenverantwortung werden allen Bürgerinnen und Bürgern abverlangt, wenn auch in unterschiedlichem Maß nach dem individuell Leistbaren.
- Solidarität ist lernbar. Der biblischen Tradition gemäß gehört sie zu einer "Kultur des Erbarmens", in die Gottes Weisungen einüben.
- Verantwortungsübernahme bezieht sich sowohl auf die eigene Existenz wie auf die Solidargemeinschaft und ihre natürlichen Lebensgrundlagen.
- Unsere Entscheidungen und unser Verhalten heute haben intergenerationelle Bedeutung. Wir brauchen deshalb eine vorausschauende Ethik.

Eine Umorientierung unseres eigenen Gemeinwesens können wir weder mit Appellen beschwören noch "mit einem Ruck" erzwingen. Verfallsrhetorik wird so wenig hilfreich sein wie "relative Armut" als vorherrschende Problemanzeige sachgerecht ist. Die Realität unseres "immer noch reichen Landes" ist geteilt, aber sie wird nicht symptomatisch allein durch die Erfahrungen der Sozialämter und der Schuldnerberatungsstellen wiedergegeben, sondern auch durch den Augenschein der Verfügbarkeit hochwertiger Konsumgüter und Dienstleistungen für einen breiten Mittelstand. Dessen Leistungsvermögen werden wir in Anspruch nehmen müssen, weil Sozialpolitik mehr ist, als das Geld der "privilegierten Reichen" zu konfiszieren und damit auch das unternehmerische Element in unserer Gesellschaft zu schwächen. Wir brauchen die Leistungsbereitschaft aller für

- die nie versiegenden Bedürfnisse der Fürsorge für alle, die den Leistungsanforderungen nicht nachkommen können,
- die Finanzierung der Anreize zur Schaffung von Erwerbsarbeitsplätzen,
- die Erschließung und Subventionierung von Tätigkeitsfeldern über die traditionelle Erwerbsarbeit hinaus,
- den Familienlastenausgleich,
- die Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben,
- den Finanzausgleich vor allem mit den östlichen Bundesländern,
- die Finanzierung der öffentlichen Güter, nicht zuletzt für Forschung und Kultur,
- unsere Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Gemeinschaft,
- unsere Verpflichtungen gegenüber der weltweiten Staatengemeinschaft, vor allem den Ländern der heutigen Vierten Welt.

Nachhaltige Politik weiß, daß sie auch von Begrenzung und Zumutungen reden muß. Mündige Bürger sind von einer solchen Politik ansprechbar, wenn sie einsichtig macht, daß es dabei gerecht zugeht.

II Konkretionen.

1. Wege aus der Arbeitslosigkeit - Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft.

Arbeitslosigkeit ist heute Ausdruck einer Strukturkrise und des gesellschaftlichen Wandels. Über unterschiedliche Positionen hinweg müssen wir uns auf Maßnahmen zu ihrer Überwindung verständigen.

- Die Hoffnung auf ausreichendes Wirtschaftswachstum wird sich als trügerisch erweisen. Viele Unternehmen steigern ihre Ertragskraft und Konkurrenzfähigkeit auf Kosten von Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren und ihre bürgerlichen Rechte nicht mehr als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft wahrnehmen können. Vollbeschäftigung nach den alten Maßstäben der Versorgung wird es nicht mehr geben. In Zukunft wird ein großer Teil der Beschäftigten auf konkrete Solidarität angewiesen sein, wenn unsere Gesellschaft nicht in Integrierte und Randständige zerfallen soll.
- Die Abnahme industrieller Erwerbsarbeit wird Beschäftigung fordern, die nicht mehr den eingeführten Regularien des "ersten Arbeitsmarkts" unterliegt, darüber hinaus die Erschließung von Beschäftigungsfeldern, die nach Marktmaßstäben nur niedrige Löhne und Sozialleistungen erbringen. In Zukunft verlangen auch Familienarbeit und Bürgerarbeit bzw. ehrenamtliche Tätigkeit je unterschiedliche Gratifikationen, ggf. auch nicht finanzieller Art. Das erfordert Subventionen und Umdenken bei denen, die weiterhin durch Erwerbsarbeit alten Stils über ein hinreichendes Einkommen verfügen.
- Wer immer es sich leisten kann, in Teilzeit oder ehrenamtlich zu arbeiten, soll das zugunsten derer tun, die auf die Arbeit zum Lebensunterhalt nicht verzichten können.
- Reformen müssen sich an der Chancengleichheit von Frauen und Männern orientieren.
- Sie müssen das Thema "Bürgergeld" auf die politische Tagesordnung setzen und flankierende Maßnahmen vorsehen.
- Eine Steuerreform muß bei Senkung der Steuersätze die zahlreichen Befreiungstatbestände einschränken, die zur Fehlleitung von Kapital führen und bestimmte Berufsgruppen einseitig bevorzugen, sowie den Staat der Mittel berauben, die er für die öffentlichen Güter und zum sozialstaatlichen Ausgleich braucht.
- Schrittweise einzuführende ökologische Elemente müssen der Tatsache Rechnung tragen, daß Umweltverbrauch zu billig geworden ist.
- Der Staat muß die Rahmenordnung für erfolgreiches unternehmerisches Handeln gewährleisten. Die Unternehmensethik aber muß gesellschaftlicher Verantwortung Raum geben, d.h. im Interesse der Erhaltung des Unternehmens Rendite als Risikoprämie für die Aktionäre zu erwirtschaften und Arbeitsplätze zu erhalten.
- Von der Tarifpolitik werden produktivitätsorientiertes Maßhalten und betriebsorientierte Flexibilisierung gefordert.
- Aus- und Weiterbildung sowie die Bemühung um Anstellung der Absolventen unserer Schulen und Hochschulen bleiben dem Staat als förderungswürdige Anliegen aufgegeben. Besonders weisen wir auf die Not arbeitsloser Akademiker hin.

2. Gerechtigkeit in Deutschland - Ost und West.

Viele unserer Probleme werden erst auf dem Hintergrund der Vereinigung der beiden deutschen Staaten seit 1989 akzentuiert. Die Überwindung der Trennung erfordert noch immer Anstrengungen von beiden Seiten. Diese können nicht länger in einer Terminologie von "Angleichung" und "Transfers" beschrieben werden, mit der das Ziel der Vereinigung hartnäckig als institutionelle Integration des östlichen Teils verstanden werden soll. Strukturelle Reformen in Deutschland erfordern in jedem Fall Abkehr von alten Verhältnissen auch des Westens. Wir werden uns mit der Langsamkeit des kulturellen Zusammenwachsens, der Entstehung der "inneren Einheit" abfinden müssen. Statt "Angleichung" zu wollen, werden wir mit Unterschieden aller Art zu leben haben, wie andere Völker auch. Lasten müssen im Westen wie im Osten getragen werden. Das Reden von den "Transfers" verschweigt, was in den Westen zurücktransferiert wird, nicht nur durch steuerliche Begünstigungen von Investitionen, sondern auch durch westliche Besitzübernahme im Osten. In einer Bundesrepublik als Mitglied des Staatenverbundes der Europäischen Union kann nur von einem Finanzausgleich zwischen Ländern und Regionen die Rede sein, der im deutschen und im europäischen Zusammenhang dem Erreichen gemeinsamer Ziele dient. Wir werden damit dann auch der Tatsache gerecht, daß in Europa Gerechtigkeit zwischen Ost und West nicht mehr an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland enden kann.

Das politische Fazit hat zu lauten: Die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost und West sind in Deutschland ohne Beschönigung, aber auch ohne Schuldzuweisung als langdauernde Nachwirkungen unterschiedlicher Entwicklung mit augenscheinlichen Substanzverlusten im Osten anzusprechen. Die östlichen Bundesländer müssen mit anhaltendem Finanzausgleich, aber ohne weitere Bevormundung in die Lage versetzt werden, auf der Basis neugeschaffener Infrastrukturen und unter Nutzung eines ihren speziellen Verhältnissen angepaßten marktwirtschaftlichen Instrumentariums eigenverantwortlich die Grundlagen für ihre Konkurrenzfähigkeit zu schaffen. Ein nach Mentalität und Lebensweisen in Ost und West verschiedenes Deutschland wird in einem Europa der Regionen keinen Sonderfall darstellen.

3. Gerechtigkeit in der Welt - Nord und Süd.

Ungeachtet der Lasten der deutschen Vereinigung und unserer Verpflichtungen in der europäischen Union können wir uns unter der Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden nicht der fortgesetzten Hilfe für die ärmsten Länder der Welt entziehen.

Unsere Regierung will sich jetzt im Einklang mit den Zielen der "Kampagne Erlaßjahr 2000" den Forderungen nach einem weitergehenden Schuldenerlaß für diese Länder anschließen. Die Notwendigkeit für politische Konditionalität und entsprechende Auswahlkriterien für dieses Vorgehen als Voraussetzung für eine "neue Entwicklungspolitik" wird allgemein anerkannt. Gefordert werden "good government" und Grundelemente einer rechts- und sozialstaatlichen Ordnung, damit "Anrechtsstrukturen" (A.Sen) entstehen können, unter denen die Mehrheit der Bevölkerung an einer Entwicklung teilnehmen kann. Heute, wo Entwicklungshilfe vor allem auf eine "Vierte Welt" der AKP-Länder mit dem Schwerpunkt in Afrika südlich der Sahara konzentriert werden muß, wo nicht zuletzt eine Politik der Krisenprävention und der Konfliktbeherrschung unter Kontrolle des Waffenhandels not tut, spielt sich unser Handeln immer noch vor dem Hintergrund des Kolonialismus und Neokolonialismus ab. Auch wenn monokausale Schuldzuweisungen an die Industrieländer und den Weltmarkt keine Lösungsansätze bieten, bleibt wahr: Das Versagen, die Korruption und die Repression vieler nachkolonialer Staatsklassen lassen sich nicht unabhängig von ihrer Instrumentalisierung als Stellvertreter in der vorangegangenen Epoche der Konfrontation der Machtblöcke verstehen. Die Verhaftung an Trugbildern von Entwicklung, die Vergeudung von Geldern in unsinnigen Projekten gegen besseren Sachverstand ist in erster Linie den Industrieländern zur Last zu legen. Erst ihre praktisch konditionslose Gewährung von billigen Krediten mit nachfolgender Rückzahlung bei gestiegenen Zinsen hat die Verschuldung zur Falle für viele Länder werden lassen. Noch heute leisten korruptionsfreundliche Steuerregeln und großzügige Absicherung von Exporten durch "Hermesbürgschaften" in Deutschland der Fehlleitung von Entwicklungsbemühungen Vorschub. Naiv wäre der

Glaube, ausbeuterische Tendenzen, die vom Gefälle zwischen Rohstoffexporten und Fertigwarenimporten profitieren, wären verschwunden. Die Industrieländer und bereits die Schwellenländer können es sich leisten, Güter zu produzieren, für die es weltweit keine Nachfrage gibt, und sie zu Dumpingpreisen in den Süden zu exportieren, wofür die mehrfach subventionierten Agrarüberschüsse das eklatanteste Beispiel bieten. So gesehen können auch die Aktivitäten von IWF und Weltbank unter dem Vorzeichen von Globalisierung und Freihandel nur ambivalent sein. Diese bieten sicher für einen viel größeren Teil der Weltbevölkerung als früher die Chance, als Mitspieler aufzutreten, und wir, die wir das Teilen im Bewußtsein von Stärke und Überschuß angemahnt haben, werden jetzt nicht klagen dürfen, wenn es auf diese Weise ernst wird. Wenig ist auch einzuwenden, wenn IWF und Weltbank weltweit für finanzielle Disziplin und die Stärkung marktwirtschaftlicher Steuerung eintreten. Angesichts der dramatischen Ungleichgewichte aber ist es illusorisch anzunehmen, die armen Länder könnten aus der außenwirtschaftlichen Liberalisierung ohne jede Möglichkeit einer binnenmarktorientierten Produktion Nutzen ziehen.

Die nationale Politik der Industrieländer muß darauf hinwirken, daß ihre Exporte nicht die wirtschaftlichen Möglichkeiten der armen Länder beeinträchtigen. Der IWF darf nicht einseitig Interessenvertreter der Industrieländer sein.

Der Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung aber hat Voraussetzungen, die sich die Industrieländer mit ihrem massenhaften Verbrauch von Rohstoffen und Energie selber noch nicht zu eigen gemacht haben. Das bedeutet, daß die Industrieländer nicht nur ihren Verbrauch einschränken, sondern auch Hilfestellung leisten müssen, damit die Entwicklungsländer ganze technologische Stufen überspringen können, um eine bloß nachholende Entwicklung zu vermeiden.

Gerade in diesem Zusammenhang wird auch die Unabdingbarkeit der privaten unternehmerischen Investitionen deutlich. Sie werden - an legitimen Gewinnzielen orientiert - einen wesentlichen, wenn nicht den entscheidenden Beitrag liefern müssen, der diesen Ländern die Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung eröffnet.

Politische Konditionen für Entwicklungshilfe müssen auch auf Investitionen in Gesundheit, Erziehung und Familienplanung abzielen, nicht zuletzt auch auf die rechtliche Gleichstellung der Frauen, um eine Bevölkerungsentwicklung herbeizuführen, die mit dem Ziel der Nachhaltigkeit in Einklang gebracht werden kann.

Keine "Ursachenbekämpfung" wird uns jedoch der Anstrengung entheben, die Auswirkungen von Migration für unser Land mit Gesetzen für Einwanderung und Staatsangehörigkeit im Sinn einer Integration zu regeln.

4. Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern - Frauen und Männer in der offenen Gesellschaft.

Gleichberechtigung ernst zu nehmen bedeutet eine völlige Umwälzung überkommener Ansichten und Verhaltensweisen. Nachhaltigkeit von Politik wird sich am langen Atem erweisen müssen, mit dem sie Schritt um Schritt die Konsequenzen dieser Umwälzung in den Umbau der Arbeitsgesellschaft und des Sozialstaats integriert. Kein Teilbereich unserer Gesellschaft läßt sich ohne den Aspekt der Gleichberechtigung und die weitreichenden Konsequenzen daraus reformieren.

Die Lebensarbeitszeit von Frauen und Männern ist gleichwertig. Frauen und Männer haben Anspruch auf qualifizierte Ausbildung und ausreichend bezahlte Arbeit. Es ergibt sich die Notwendigkeit für Männer, den gerechten Anteil an Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit zu übernehmen. Nur so werden wir in die Lage kommen, langfristig die Aufgabe zu meistern, nicht nur verlorengegangene Arbeitsplätze zu ersetzen, sondern Erwerbsarbeit zu schaffen – ohne Diskriminierung durch Bezahlung oder Qualität der Tätigkeit – auch für die Frauen, den Teil der Bevölkerung, der bisher nur zu einem Bruchteil

dauerhafter Erwerbsarbeit nachgegangen ist oder diese angestrebt hat. Gerade wenn die Geschlechter ihre Eigenständigkeit im Lebensentwurf betonen, werden gängige Arbeitsmarktkategorien unzureichend.

5. Die offene Gesellschaft - Soziale Sicherheit und Eigenverantwortung.

Das Grundgesetz bestimmt die Bundesrepublik als demokratischen Rechtsstaat, zu dem sowohl der Schutz als auch die Gemeinwohlpflichtigkeit des Eigentums gehören.

Einen demokratischen Rechtsstaat gibt es nicht ohne Solidarität. Solidarität braucht wie der Staat politische Organisation. Den institutionellen Rahmen dazu bilden die festumrissenen Sicherungen im Alter und gegen die großen Lebensrisiken von Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Gerade unter der Einschränkung nationalstaatlicher Souveränität in der Wirtschaftspolitik bleibt die Gestaltung der Sozialgesetzgebung eine nationale Herausforderung. In diesem Spannungsfeld muß verhindert werden, daß große Teile der Bevölkerung an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Zu einer freien Gesellschaft gehört allerdings auch eine Moral, die bei allem Sicherheitsbedürfnis dem Staat nicht unnötig viel zumutet, gehören Bürgerinnen und Bürger, die wissen, daß sie im Interesse der Eigenvorsorge ihren Konsum begrenzen müssen, auch wenn klar ist, daß das gesellschaftliche Wohl niemals allein in der Eigenverantwortung liegen kann.

6. Wege für eine Gesellschaft zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit - Ökonomie und Ökologie.

Der Menschheitstraum der Neuzeit, die theoretischen Einsichten in die Zusammenhänge der Natur zur praktischen Sicherung und Erleichterung unseres Lebens zu nutzen, hat uns durch die Verwirklichung alles Machbaren in jene Beschleunigung der Prozesse gerissen, die zum eigentlichen Kennzeichen der Moderne geworden ist.

Wir ahnen, daß wir unsere Rolle des homo faber nicht mehr richtig spielen.

Die Veränderung des globalen Klimas durch die Emissionen im Gefolge unserer großvolumigen Energie- und Stoffumwandlungen bildet heute den umfassendsten Bedrohungscomplex, der uns um die Zukunft fürchten läßt.

Wir müssen die wissenschaftliche und technische Kompetenz, die uns stark gemacht hat, jetzt zur Umstellung unserer Wirtschaftsweise einsetzen. In dieser Situation drängen sich die Thesen und Forderungen auf, die Nachhaltigkeit unseres Handelns in einem umfassenden Sinn verlangen:

- Ein ökologischer Imperativ und sein Tugendkatalog muß sich mit der ökonomischen Rationalität zum Übergang in ein System nachhaltiger Wirtschaft verbinden.
- Gesamtgesellschaftlich anerkannte, politisch durchsetzbare Prioritäten müssen diesseits von Verboten und Sanktionen zur Förderung der Lebensqualität führen, schädliche Folgen vermeiden und Sinn stiften können.
- Die durch fortgeschrittene Zivilisationstechniken gesicherten Grundbedürfnisse bilden die Basis, auf der wir abseits der falschen Alternative "Wachstum oder Heile Welt" Wege qualitativen Zuwachses gehen können unter Abkehr von massenhafter Hervorbringung und Verbrauch.
- Auch wenn die fortgesetzte technische Gestaltung unseres Lebens bejaht wird, ist Skepsis gegen eine vorgeblich nur menscheitsdienliche Motivation der Wissenschaft angebracht.

- Wichtigste Konsequenz wird die Erschließung und Steuerung neuer Energieformen bilden, ausgehend von Minimalforderung wie Steigerung der nationalen Aufwendungen für Energieforschung, Regelungen zur Erhöhung der Energieeffizienz und entsprechenden Beschaffungsnormen im öffentlichen Sektor, bis hin zu einer international abgestimmten ökologisch wirksamen Besteuerung.
- Die Abkehr von Energietechniken mit Megarisiko, mittelfristig von der Atomenergie, langfristig von der hauptsächlichlichen Nutzung fossiler Energien, wird unumgänglich. In der öffentlichen Diskussion darüber kann nicht exklusives Expertenwissen den Ausschlag geben, da wir als potentiell Betroffene alle zu den Experten zählen.
- Die Ziele und Zeiträume für solche Großvorhaben müssen realistisch und ohne Dramatisierung gesetzt werden, um Enttäuschungen und Vertrauensverlust der Bürger in die Politik zu vermeiden.

Der Text soll Diskussionsgrundlage, Perspektive und Zielsetzung für die weitere Arbeit des Verbandes in diesem und im nächsten Jahr sein, zu der auch andere Gruppen und Nichtmitglieder eingeladen werden. Er kann bei der Geschäftsstelle der EaiD in 70188 Stuttgart, Kniebisstraße 29 angefordert oder im Internet unter <http://www.ekd.de/akademiker> abgerufen werden.

Es wird um Stellungnahmen, Diskussionsbeiträge, Arbeitsergebnisse und Berichte gebeten. Sie können an den Beauftragten der EaiD für dieses Projekt,

*Günter Hegele, Ahornstr. 5, 76829 Landau,
Tel. 06341-54168, Fax 06341-54656,
E-mail GHegele@t-online.de,*

geschickt werden

Die Auswertung erfolgt durch einen von den Landesverbänden der EaiD benannten Arbeitskreis, der sich für Aktivitäten im Sinne des Programms und dessen Aktualisierung einsetzen wird. Daran können sich weitere ea-Mitglieder und Personen beteiligen, die diese Arbeit unterstützen wollen.